

gativen Erscheinungsbild der Partei bei. Die Uneinigkeit innerhalb der PS nutzend, betraute *Sarkozy* den Sozialisten *Bernard Kouchner* mit dem Amt des Außenministers, dessen Parteifreund *Jacques Lang* berief er zum Mitglied der Kommission für die Verfassungsreform, womit er auf eine weitere Schwächung der Linken oder auf deren Neutralisierung im politischen Kräftespiel abgezielt haben dürfte.

Der Grad an Stabilität des politischen Systems Frankreichs und dessen Gestaltungsspielraum bei der Bewältigung innerer und äußerer Herausforderungen bemisst sich freilich nicht am Erscheinungsbild der Parteien, sondern am Grad der Akzeptanz der politischen Institutionen durch die Bürger. *Kempf* konstatiert auf der Grundlage von Umfragen ein starkes Vertrauen in die Republik mit ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität sowie ein klares Bekenntnis zur französischen Nation; aber auch Skepsis gegenüber dem als allzu mächtig und anonym empfundenen Staat, von dem die Bürger die Lösung ihrer Probleme erwarten. Ferner gibt es eine Abneigung gegen die politischen Parteien und aufgrund ihrer elitären Ausbildung ein Misstrauen gegen die politische Klasse (die „hommes politiques“). Diese ließe es an Sensibilität für die Alltagsorgen der Bürger und an Konsultationsbereitschaft fehlen, was der Soziologe *Pierre Bourdieu* als „Arroganz des Staatsadels“ tadelte.

In den Kapiteln zur Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik behandelt *Kempf* anhand neuer Zahlen den demographischen Wandel, Probleme der Einwanderung (Radikalisierung der muslimischen Franzosen), die Folgen der Globalisierung und der hausgemachten Fehler für die Wirtschaftsstruktur und den Arbeitsmarkt (hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen), die ausufernde Kriminalität (Bandenunwesen), das große Haushaltsdefizit, die desolante Lage der Rentenkassen, die Konzentrationsprozesse im Pressewesen sowie die soziale Auslese durch das stark differenzierte (Aus-)Bildungssystem.

Jacques Chirac – in den letzten Jahren mehr auf quasi monarchisches Repräsentieren, vor allem nach außen, bedacht als auf entschlossenes Regieren – hat einen Reformstau hinterlassen. Ihn aufzulösen hat sich sein durch Hyperaktivismus und Ubiquität glänzender Amtsnachfolger *Nicolas Sarkozy* als Aufgabe gestellt, um Frankreich für das 21. Jahrhundert „fit zu machen“. Dabei lässt er es nicht an Deutlichkeit fehlen, wer in der Politik das Sagen hat: er, der Präsident der Republik. Frankreich im Umbruch (?) – das bietet reichlich Stoff für eine fünfte Auflage dieser zuverlässig über unser Nachbarland informierenden Publikation.

Robert K. Furtak

Die französische Nationalversammlung und die EU: erfolgreiche Anpassung

Stanat, Markus: Die französische Nationalversammlung und die Europäische Union. Zwischen parlamentarischer Tradition und europäischer Integration (Forschungen zur europäischen Integration, Bd. 13), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, 334 Seiten, € 39,90.

Dass tatsächliche oder erfundene Traditionen durch Wiederholung erlernt werden können, ist eine der bekannten Thesen des englischen Historikers *Eric Hobsbawm*. Auch die Verfassung der V. Republik Frankreichs kann man als eine „erfundene“ Tradition verstehen, die nunmehr im Bestand der Politischen Kultur angekommen ist. Dies zumindest legt die Mo-

nographie von *Markus Stanat* zum Verhältnis von Nationalversammlung und europäischer Integration nahe. In ihr geht es um die Anpassungsleistung der Nationalversammlung an das Mehrebenensystem der Europäischen Union. Zu diesem Thema gibt es schon mehrere vornehmlich aus vergleichender Perspektive argumentierende Studien.¹ Dennoch schließt *Stanat* mit seinem aus den Tiefen der französisch-republikanischen Empfindlichkeiten argumentierenden Ansatz eine Forschungslücke, indem es ihm gelingt, politisch-kulturelle Muster und ihre Wirkung auf den parlamentarischen Wandel nachzuweisen.

Die Ausgangsüberlegung *Stanats* folgt einer These der Institutionentheorie, wonach institutioneller Wandel „pfadabhängig“ vor sich geht, mithin also von nationalen historisch-kulturellen Mustern wie Ideen, Werten und Traditionen sowie bereits vorhandenen Strukturen abhängig ist. Radikale Änderungen, gar Revolutionen sind in diesem zähfließenden („inkrementalen“) Prozess nicht vorgesehen. Entsprechend der These von der „longue durée“ untersucht der Autor nach den theoretischen Grundlagen (normativer Rahmen des demokratischen Mehrebenenregierens, Institutionenbildung beziehungsweise -wandel, idealtypische Funktionen von auf europapolitische Fragen spezialisierten Fachausschüssen) im Rahmen einer Kontextanalyse die historisch-kulturellen Grundwerte der V. Republik (Verständnis von Staat, Nation, Souveränität), die parlamentarischen Traditionen in der französischen Politischen Kultur sowie die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Nationalversammlung. Sodann werden die rechtlichen Schritte zur Institutionalisierung der für europapolitische Fragen zuständigen *Délégation pour l'Union européenne* seit 1979 bis zum Ende der elften Legislaturperiode 2002 nachgezeichnet. Daran schließt sich eine empirische Analyse der Funktionsleistung der *Délégation* an. Die durch Gesetzesbeschluss eingesetzten Delegationen ermöglichen den Parlamentariern, neben den im Verfassungsrecht verankerten sechs ständigen Ausschüssen, weitere arbeitsteilige Strukturen einzurichten. Die Fallstudienanalyse stützt sich auf umfangreiches Material in Form von Parlamentaria (Reden, Ausschussberichte, Publikationen des Ausschusses, Entschließungsanträge u.a.); hinzu kommen im Zuge teilnehmender Beobachtung gewonnene Erfahrungen und Leitfadendeninterviews mit Mitarbeitern der Parlamentsverwaltung und Entscheidungsträgern sowie statistische Daten. All dies ergibt, zumal durch die genaue Ausarbeitung und Darstellung, ein umfassendes Bild der Institutionenentwicklung.

Die nationalen Parlamente haben im Zuge der Verlagerung von Entscheidungen auf die europäische Ebene zahlreiche Kompetenzen beim Letztentscheid über Rechtsnormen verloren. Diese so genannte Entparlamentarisierung der nationalen politischen Systeme konnte die Nationalversammlung durch „frühzeitige Mitsteuerung“ im Sinne einer Kontrolle der europäischen Ebene zwar nicht aufhalten, ihr aber entgegenwirken. Der hierfür notwendige Reformprozess war gekennzeichnet durch ein Spannungsverhältnis zwischen bisherigem Verständnis der parlamentarischen Aufgaben innerhalb des zentralistischen Nationalstaates und den neuen Vertretungs- und Mitwirkungsanforderungen auf der europäischen Ebene. Damit gründete er tief in der Politischen Kultur. *Stanat* weist nach, dass für die Reform-

1 *Philippe A. Weber-Panariello*, Nationale Parlamente in der Europäischen Union, Baden-Baden 1995; *Andreas Maurer / Wolfgang Wessels* (Hrsg.), National parliaments on their way to Europe. Losers or Latecomers?, Baden-Baden 2001; *Andreas Maurer*, Parlamentarische Demokratie in der Europäischen Union. Der Beitrag des Europäischen Parlaments und der Parlamente der Mitgliedsstaaten, Baden-Baden 2002; *Marcus Obrecht*, Niedergang der Parlamente? Transnationale Politik im Deutschen Bundestag und der Assemblée nationale, Würzburg 2006.

anstrengungen zentrale politisch-kulturelle Muster, wie sie im französischen Staatsdenken verankert sind, maßgeblich waren: „Der französischen Europapolitik liegen verfassungsrechtliche Konzepte zugrunde, die aus dem besonderen Souveränitätsverständnis und der Tradition der Einheit von Staat und Nation abgeleitet sind.“ (S. 79 f.) Deren „präskriptive Relevanz“ verursachte zahlreiche Zielkonflikte, wobei die europäische Integration letztlich zu einem „Systembruch“ führte (zum Beispiel beim Souveränitätsprinzip). Insgesamt erwies sich das französische Verfassungssystem sowohl nach innen (Cohabitationen) als auch nach außen (EU) anpassungsfähig. Dabei lässt sich die in der Literatur meist im Vordergrund stehende These von der schwachen Stellung des französischen Parlaments laut *Stanat* nicht aufrechterhalten (S. 103). Die Nationalversammlung wich dem engen rechtlichen Korsett durch informale Regeln (Konventionen) aus: So entwickelte sich die *Délégation de facto* zu einem vollwertigen Parlamentsausschuss, wobei die verfassungsrechtliche Beschränkung auf sechs ständige Ausschüsse umgangen wurde. Als „Integrations-“ und „Querschnittsausschuss“ spielt sie nunmehr eine Rolle als „Informationsmotor“, „Transmissionsriemen“ und „Kooperationspartner der Regierung“ (S. 305 f.).

Ein günstiges „Reformklima“ für die Entstehung neuer Parlamentsrechte herrschte immer dann, wenn Anstöße von außen (Entwicklung der Rechtsgrundlagen der EU) mit einer Spaltung innerhalb des Regierungslagers korrespondierten. Dabei waren besonders die integrationsunfreundlichen europaskeptischen Abgeordneten zentrale Führungsfiguren. Bei den formalen Neuerungen wurden aber bestimmte Grenzen nicht überschritten. Das „Gleichgewicht der Institutionen“ sollte aufrechterhalten werden. Der nationale Pfad zeigte sich laut *Stanat* in der Akzeptanz der Elemente des so genannten rationalisierten Parlamentarismus, also jener verfassungsrechtlichen Bestimmungen, welche die Vorherrschaft der Regierung gegenüber dem Parlament sichern sollten. Sie sind in der parlamentarischen Tradition mittlerweile angekommen, was sich an der unveränderten Beschränkung der Zahl der ständigen Ausschüsse auf sechs, der Respektierung des Verordnungsbereiches der Regierung und des Primats der Exekutive in europäischen Angelegenheiten zeigt. Die Frage, wie effizient die europapolitische Mitwirkung der Nationalversammlung ist, bleibt jedoch offen. Das Verdienst der Arbeit zeigt sich in der Bestätigung von neo-institutionalistischen Theorien, welche eine enge Verzahnung zwischen Politischer Kultur und parlamentarischem Wandel betonen, sowie in dem Nachweis über die kreative Rolle des französischen Parlaments beim Anpassungsprozess an die europäische Ebene.

Marcus Obrecht

Die französische Europapolitik während der Cohabitation: weder Blockade noch Radikalisierung

Leuffen, Dirk: Cohabitation und Europapolitik. Politische Entscheidungsprozesse im Mehrebenensystem, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, 291 Seiten, € 59,-.

Wie können politische Entscheidungen getroffen werden, wenn die maßgeblichen Akteure unterschiedlichen Parteien angehören und ihre politischen Vorstellungen sich mehr oder weniger deutlich voneinander unterscheiden? Das Problem ist vor allem am Beispiel des